



Gesellschafter Ralf Schmidt (l.) und Geschäftsführer Steffen Warneboldt.
Dienstag, 27 Februar 2018 13:51 Foto: André Pause

»Gerade in mittelständischen Betrieben gibt es erhebliche Potenziale bei der Energieeinsparung«

1992 gegründet, plant, errichtet und betreibt die WindStrom Unternehmensgruppe Windparks in Deutschland und im europäischen Ausland. Vor mehr als zwei Jahrzehnten erfolgte die Ansiedlung in Edemissen, angeregt durch die Wirtschaftsförderung der Gemeinde. Wir haben mit Geschäftsführer Steffen Warneboldt und Gesellschafter Ralf Schmidt im Stammhaus unter anderem über den Status Quo im Bereich Windenergie, die politischen Rahmenbedingungen, die Entwicklung des Unternehmens und die Hebung von Energiesparpotenzialen bei Mittelständlern als neuem geschäftlichen Standbein gesprochen.

wirtschaft: Die neue niedersächsische Landesregierung will die Führungsrolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien festigen. Wie beurteilen Sie die derzeitigen Rahmenbedingungen, speziell für Ihren Bereich, die Windenergie? Betrachtet man die Zahlen, ist Niedersachsen das digitale Energieland.

Steffen Warneboldt: Sie haben Recht, auf den ersten Blick steht Niedersachsen mit 10582 Megawatt (MW) Windenergie onshore bis Ende 2017 verglichen zu allen Bundesländern an der Spitze. Erst dann kommt Schleswig-Holstein mit 6863MW. Auch im Zubau lag Niedersachsen in 2017 mit 1435MW an vorderster Stelle. Das ist zunächst einmal positiv, dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass Niedersachsen ein Flächenland ist und zwar mit Abstand das Größte innerhalb der für Windenergie prädestinierten Regionen in Deutschland.

Hinzu kommt: Die Digitalisierung im Energiebereich schreitet auch in Niedersachsen voran. Schon heute können Windparks von den Netzbetreibern ferngesteuert werden, das heißt: bei zu hohen Lasten im Netz werden sie von den Leitwarten der Netzbetreiber in ihrer Leistung reduziert oder sogar abgeschaltet. Noch gibt es im Verteilnetz keine Transparenz über Strommengen, um dezentrale Stromerzeuger und Verbraucher zu optimieren. Hier steht Niedersachsen in der Entwicklung genauso wie andere Bundesländer noch am Anfang.

wirtschaft: Das heißt, selbst wenn alles transparent und fair lief, könnten die Zahlen noch etwas besser sein?

Steffen Warneboldt: Mit Blick auf die Zukunft dürfen diese guten Zahlen zumindest nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hürden beim weiteren Ausbau deutlich steigen: Das Beispiel Regionalverband Braunschweig zeigt, wie sich die Verabschiedung dringend benötigter Regionalpläne über Jahre verzögern kann. Dazu werden die Auflagen aus den Nebenbestimmungen der Genehmigungen nach dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (BImSchG), die den Naturschutz betreffen, immer unrealistischer und teurer. Beispiel ist hier ein Windpark, den wir hier ganz in der Nähe entwickeln, für den wir pro Windenergieanlage Ausgleichsflächen für den Naturschutz in Höhe von 6,5Hektar schaffen sollen zuzüglich Ausgleichszahlungen für das Landschaftsbild in Höhe von 100.000Euro pro Windenergieanlage (WEA). Hinzu kommen Gutachten und Genehmigungskosten, die noch einmal mit etwa der gleichen Summe pro WEA zu Buche schlagen. Mit einem solchen Windpark stehen wir dann im Rahmen der bundesweiten Ausschreibung im Wettbewerb um die tiefsten Gebotspreise pro Kilowattstunde. Das schnürt uns wirtschaftlich die Luft ab. Durch neue Berechnungsmethoden für die Schallberechnung müssen wir mit unseren Windparkplanungen immer weiter in den Naturraum, wo wir verstärkt auf von Greifvögeln und Fledermäusen besiedelte Gebiete treffen – ein Spagat, der immer schwieriger lösbar wird.

wirtschaft: Laut Koalitionsvertrag ist man auf bundespolitischer Ebene immerhin bestrebt, »einen besseren Interessensausgleich zwischen Erneuerbaren-Branche einerseits und Naturschutz- und Anwohneranliegen andererseits zu gewährleisten«. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit diesem Vertrag?

Steffen Warneboldt: Zufrieden sind wir mit dem Ziel der großen Koalition, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen sowie mit der Ankündigung, die Ausschreibungsmengen in 2019 und 2020 um jeweils 2000 MW zu steigern. Wichtig ist auch, dass im Windenergiebereich nur Ausschreibungen für Windparkplanungen erfolgen sollen, für die auch Genehmigung nach BImSchG vorliegen. Viel Luft nach oben sehen wir darin, sich gegen die Lobbyisten-Interessen der konventionellen Energieträger (Öl, Kohle und Erdgas) nachhaltig für die CO₂-Steuer einzusetzen. Eine CO₂-Besteuerung würde die Emission dieses



klimaschädlichen Gases verteuern. Es wäre die effektivste Form, um technologieneutral den Treibhauseffekt zu verlangsamen. Außerdem kämen die Einnahmen nicht nur aus dem Stromsektor, sondern würden alle drei Sektoren Strom, Wärme und Mobilität betreffen. Entsprechend höhere Einnahmen könnten an die Stelle bisheriger Umlagen treten, womit Unternehmen und ärmere Haushalte gezielt entlastet werden könnten. Hier fehlt uns das klare Bekenntnis. Eine vom Markt gestützte Energiewende in allen drei Sektoren wird es aber nur mit dieser Steuer geben.

wirtschaft: Die Sektorenkopplung wird ja allenthalben als Schlüsselkonzept der Energiewende respektive des Aufbaus von Energiesystemen mit 100Prozent erneuerbaren Energien gesehen. Wie sähe das Szenario bei uns in Niedersachsen konkret aus?

Ralf Schmidt: Am Beispiel von Niedersachsen ist nach einem aktuellen Gutachten im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Szenarien zur Energieversorgung in Niedersachsen im Jahr 2050) zu sehen, welche Potenziale im Bereich der Sektorenkopplung bestehen. Demnach besteht zunächst die Chance, durch Energieeinsparung den Primärenergieverbrauch von knapp 350 Terrawattstunden (TWh) auf circa 182TWh zu senken. Weiterhin kann nach Einschätzung der Gutachter bis 2050 die Energieerzeugung in allen drei Sektoren zu 100Prozent auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden, um den Primärenergieverbrauch von 182TWh damit abzudecken.

wirtschaft: Soweit die Theorie. In der Bevölkerung, Sie haben den Vorstoß in Naturräume skizziert, stößt der Bau von WEA durchaus mal auf Widerstand. Wie beurteilen Sie, Stand heute, das Bewusstsein für erneuerbare Energien ganz allgemein und für Windenergie im Besonderen?

Ralf Schmidt: Grundsätzlich möchten allen uns bekannten Umfragen zufolge die meisten Menschen in Deutschland die Energiewende. Das Image der erneuerbaren Energie ist generell ungebrochen hoch. Doch wohl wissend, dass die Windenergie eine tragende Säule der Energiewende ist, möchten viele die Nutzung der Windenergie ohne optische Beeinträchtigung beziehungsweise ohne Windräder vor der eigenen Haustür.

Die finanzielle Beteiligung von Bürgern an Wind- und Solarprojekten ist hier ein probates Mittel, um die Akzeptanz von Wind- und Solarprojekten zu verbessern. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Initiative für eine Bürgerenergiegesellschaft idealerweise aus der Gemeinde selbst kommt. Wir haben mehrfach für Bürger Windenergieanlagen gebaut und unterstützen konsequent Bürgerenergiegesellschaften. Was den Tierschutz anbelangt: Bereits vorhandene technische Systeme zur Vermeidung von Vogelschlag stoßen in Deutschland bislang leider auf behördliche Widerstände. Mit diesen Möglichkeiten könnten die eingangs erwähnten extremen Kosten deutlich verringert werden.

wirtschaft: Apropos Kosten: Der Beschluss des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Regionalverbandes Großraum Braunschweig ist immer noch nicht durch.

Ralf Schmidt: Im Mai soll nun das geänderte Regionale Raumordnungsprogramm als Satzung beschlossen und – so Gott will – Ende 2018/Anfang 2019 genehmigt sein.

Der Planungszeitraum von Herbst 2011 bis dahin ist natürlich deutlich zu lang. Die anfangs sehr offene Kommunikation mit einer ersten öffentlichen Beteiligungsrunde in 2013/14 ließ auf eine zügige Abarbeitung der Planung hoffen. Die Fläche von rund 3100 Hektar für die bestehenden 31 Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung sollte um etwa 3200 bis 4200 Hektar erweitert werden. Anfangs wurde allerdings Kartenmaterial mit 19 000 Potenzialflächen veröffentlicht. Dies hat bei Projektierern und Grundstückseigentümern zunächst einmal große Hoffnungen geweckt. Es ist viel Energie, Zeit und Geld in die Entwicklung und Akquisition dieser Potenzialflächen geflossen. Durch eine anfänglich größere Fokussierung auf die machbare Zielgröße hätten hier sicherlich erhebliche volkswirtschaftliche Ressourcen eingespart werden können. Zudem wäre die Verunsicherung in der Bevölkerung, die sich in einigen Landstrichen umzingelt von Windenergieanlagen gesehen hat, wohl geringer ausgefallen. Dies hat in der Folge zu einer Vielzahl von Eingaben geführt, die erst einmal von einer personell schlanken Verwaltung abzuarbeiten waren.

Neben diesen inhaltlichen Fehlentwicklungen ist die lange Verfahrensdauer, hervorgerufen durch verbandsinterne Reibungsverluste aber auch durch gesetzliche Änderungen, zum Problem geworden. In den identifizierten Flächen haben die Projektierer in Erwartung eines zeitnahen Verwaltungsdurchlaufs bereits ab dem Jahr 2013 mit den langwierigen Untersuchungen beispielsweise zum Naturschutz oder zur Bauleitplanung begonnen. Inzwischen sind diese Unterlagen zum Teil veraltet und müssen überarbeitet und neu erstellt werden. Eine erneute Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Nicht zuletzt hat der Reputation des RGB geschadet, dass der Erörterungstermin Mitte Februar, bei einem ansonsten vorbildlich öffentlich geführten Verfahren, hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat.

wirtschaft: Wie gut, dass der Wind keine Grenzen kennt. Sie treiben den Ausbau der Windenergie auch im Ausland mit eigenen Projektbüros voran. In Frankreich und Polen sind sie direkt vor Ort vertreten. Wie unterscheidet sich Ihr Geschäft in Deutschland von dem im Ausland?

Ralf Schmidt: Aufgrund der aktuellen polnischen Führung sind unsere Planungen in Polen zurzeit ins Stocken geraten. Zwischenzeitlich hatten wir bis zu drei Mitarbeiter in unserem Büro vor Ort beschäftigt. Ein wirtschaftlicher Betrieb von Windparks ist in Polen aktuell jedoch selbst an guten Standorten nicht möglich. Zudem hatten wir den Eindruck, dass die halbstaatlichen Energieversorger und Institutionen ausländische Betreiber nicht fair behandeln. Investoren und Banken haben sich bereits aus dem Geschäft in Polen zurückgezogen. In Frankreich hingegen finden wir aktuell im Vergleich zu Deutschland günstigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen vor. Wir planen dort schon seit mehr als zwölf Jahren mit unserem Büro in der südlichen Bretagne Windprojekte. Unsere Mannschaft umfasst dort zwei Geschäftsführer und drei Mitarbeiter. Noch in 2018 geht dort ein weiteres Projekt in Betrieb.

wirtschaft: Für die geplante Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sind mehrere durch entsprechende Kurz-, Mittel- und Langzeitspeicher ergänzte Energieträger notwendig. Gibt es Überlegungen, Ihr Dienstleistungsportfolio zu erweitern?

Steffen Warneboldt: In der Tat bereiten wir aktuell den Aufbau eines weiteren geschäftlichen Standbeines vor. Gerade in mittelständischen Betrieben sehen wir noch erhebliche Potenziale bei der Energieeinsparung sowie bei der Umstellung von konventionellen auf erneuerbare Energieträger. Aktuell werden wir in einem Gewerbegebiet durch Effizienzmaßnahmen etwa 50Prozent des Wärmeenergieverbrauchs einsparen können und gleichzeitig eine Umstellung auf Photovoltaik und Geothermie gekoppelt mit einem Blockheizkraftwerk erreichen. Darum haben wir uns vertraglich mit Ingenieurbüros verbunden, um für interessierte Unternehmen ein Energieoptimierungs- und Umstellungskonzept auf erneuerbare Energieträger zu erarbeiten. Da viele Unternehmen im mittelständischen Bereich die Investition in die Energieeinsparung und Energieträgerumstellung meiden, übernehmen wir zunächst aus eigenen Mitteln sowie unter Ausnutzung von Fördermitteln die anstehende Investition. Dies erfolgt auf Basis einer gemeinsam abgestimmten vertraglichen Konstruktion, die dem mittelständischen Unternehmen die Einsparung von Energiekosten und uns eine Rendite aus der getätigten Investition ermöglicht – also für beide Seiten eine klassische Win-Win Situation darstellt. Geschäftsführer und/oder Gesellschafter von mittelständischen Unternehmen mit Energiekosten aus konventionellen Energien von jährlich mehr als 100.000 Euro möchten wir bitten, uns anzusprechen und mit uns ein erstes Beratungsgespräch zu führen. Bereits auf den zweiten Blick zeigen sich interessante Potenziale. Die würden wir gern mit solchen Unternehmen heben.



Das Team von WindStrom in Edemissen.